

Inhalt/Contenu PSR/NEWS 3/2003

Editorial

Ein neuer Golfkrieg kostet hunderttausend Tote

Krieg gegen den Irak?

Bericht einer Reise in den Irak vom 11.-22. September

Ein Brief von US-Bürgern

150 Intellektuelle

Hu's on first

Meeting at the World Health Organisation

Massenvernichtungswaffen

Früher wurden sie ABC-Waffen genannt

Die Entminung der Welt macht Fortschritte

Entwicklung von NGO's im gesellschaftlichen Wandel

7th Focus on Eastern Europe and the CIS

Social Transition in South-East Europe: New Poverty or Welfare?

In Kürze/en bref

Jahresbericht der PSR/IPPNW Schweiz

Editorial

Claudia Bürgler

Liebe Leserin, lieber Leser

Als politisch denkender Mensch verfolgen sicherlich auch Sie gespannt den Verlauf der Ereignisse rund um das Thema „Kampf dem Terror“. Wie oder was der Terror auch genau sein mag, so steht jedenfalls fest, er versteckt sich aus der Sicht der Bush's und Blair's dieser Welt zurzeit im Irak. Unser Schwerpunktthema (Seite 6-12) zeigt auf, wer sich sonst noch dort „versteckt“ und lässt ahnen, dass diese Menschen Terror vermutlich anders definieren. Viele IPPNW-affiliates treten beherzt und entschlossen gegen die Verharmlosung von Krieg, gegen Tod und Zerstörung auf. Hoffen wir, dass diese Stimmen im lauter werdenden Kriegsgeschrei nicht untergehen.

Wesentlich entspannter ging es auf unserer Generalversammlung in Lausanne zu. Jean-Luc Riond, Präsident der PSR/IPPNW Schweiz hatte ein interessantes Rahmenprogramm organisiert und der Vorstand konnte, ein lang gehegter Wunsch, um zwei engagierte Mitglieder erweitert werden. Während Claudio Knüsli seine Wahl sofort und durchaus erfreut registrierte, verhalf uns Neuvorstandsmitglied Dr. Heike Tomalak zu einem liebenswerten Bonmot. Erst im Gespräch während des Aperitifs, wurde Sie sich Ihres neuen Amtes bewusst. Bis dahin hatte sie lediglich gedacht, sie wäre als einfaches Mitglied aufgenommen worden. Wir freuen uns, Ihnen die zwei neuen Mitglieder in der nächsten Ausgabe ausführlich vorzustellen.

Die Kampagne „AerztInnenkomitee für den Ausstieg“ läuft auf Hochtouren. Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, welche uns in dieser wichtigen Angelegenheit mit ihrem guten Namen und/oder Geld unterstützen. Zudem zählen wir weiterhin auf jede Stimme und jeden Franken. Bitte melden sie sich an.

Langsam neigt sich ein ereignisreiches Jahr 2002 dem Ende zu. Auf diesem Weg bedanken wir uns ganz herzlich für die Unterstützung unserer Aktivitäten und erlauben Ihnen und Ihren Angehörigen unsere besten Wünsche für die bevorstehenden Festtage sowie ein erfolgreiches neues Jahr.

Editorial

Claudia Bürgler

Chers lecteurs et lectrices,

En tant que personne informée sur le monde politique, vous avez certainement suivi avec attention le cours des événements liés au thème „guerre contre le terrorisme“. Quoiqu’une définition claire du terrorisme n’existe pas, une certitude existe cependant pour Bush et Blair à propos d’activités suspectes en Irak. Le sujet principal de ce numéro (page 6-12) démontre qui en fait se cache dans ce pays et laisse pressentir que le mot terrorisme a là-bas un autre sens. Beaucoup de membres de IPPNW s’engagent de toutes leur forces contre les méfaits de la guerre, la mort et la destruction. Nous espérons que ces voix ne se tairont pas malgré les rumeurs toujours plus fortes d’une guerre imminente.

Notre assemblée générale à Lausanne s’est déroulée dans une ambiance quelque peu plus détendue. Jean-Luc Riond, président de PSR/IPPNW Suisse a organisé un programme intéressant et deux nouveaux membres ont joint notre comité, ce qui était désiré depuis longtemps. Alors que Claudio Knüsli s’est réjoui immédiatement pour son élection, Heike Tomalak nous a fait part d’un bon mot. Elle a réalisé seulement au cours d’une conversation pendant l’apéritif qu’elle était en charge d’une fonction. Elle présumait jusqu’à ce moment qu’elle avait été élue comme membre. Les deux nouveaux membres du comité vous seront présentés plus en détail dans le prochain numéro.

La campagne „comité de médecins pour sortir du nucléaire“ bat son plein. Nous remercions tous les collègues qui nous ont supportés au moyen leur nom ou par des dons. Nous comptons encore sur votre aide. Des nouveaux membres seront les bienvenus.

L’année 2002, qui a été particulièrement chargée d’évènements, va bientôt prendre fin. Nous vous souhaitons à vous et vos proches nos voeux les meilleurs pour les fêtes et un bon départ dans la nouvelle année.

Ein neuer Golfkrieg kostet hunderttausende Tote AerztInnen rechnen mit erheblichen Umwelt- und Gesundheitsschäden

Am 12.11.2002 veröffentlichten die IPPNW in London und Washington DC eine britische IPPNW-Studie über die Folgen eines erneuten Krieges gegen den Irak.

Die Autoren der Studie rechnen im Falle eines konventionellen, drei Monate dauernden Krieges mit rund 50'000 bis 260'000 Toten. Käme es zusätzlich zu einem Bürgerkrieg im Irak oder würden die Amerikaner Atomwaffen einsetzen, erhöht sich die Zahl der geschätzten Todesopfer auf 375'000 bis 3,9 Millionen. Indirekte oder langfristige Folgen des Krieges sind in diesen Horrorzahlen nicht berücksichtigt. Allein durch den völligen Zusammenbruch der Infrastruktur wäre mit weiteren 200'000 Toten zu rechnen.

Die konservativen Berechnungen basieren auf den gegenwärtigen Konfliktszenarien der US-amerikanischen Militärstrategen und den gesicherten Daten über die Folgen des zweiten Golfkrieges. Zusätzlich wurden Informationen über das gegenwärtig irakische Gesundheitssystem und die derzeitige Versorgungsstruktur im Land herangezogen.

Zudem wäre mit erheblichen Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zu rechnen, welche weit über die Grenzen des Iraks herausgehen. Als Beispiele könnte man die Problematik von depleted Uranium als Folge der Bombardierungen, die Zerstörung von Industrie- und Waffenproduktionsanlagen mit den damit eingehenden Umweltszenarien oder das Schreckensbild von grossflächig brennenden Oelquellen nennen.

Die für einen Krieg veranschlagten Kosten werden mit 20-200 Milliarden USD angegeben, eine anschließende Besetzung würde weitere 5-20 Milliarden USD jährlich kosten. Um einen Einblick in das Verhältnis zu geben, ein Vergleich: 100 Milliarden USD würde es kosten, vier Jahre lang die Gesundheitsversorgung der ärmsten Menschen in der Welt zu sichern. Aus allen Fakten wird klar ersichtlich: Ein Krieg gegen das durch die Sanktionen und den Diktator Saddam Hussein bereits schwer getroffene irakische Volk ist zutiefst inhuman und muss verhindert werden.

Krieg gegen den Irak? Bericht einer Reise in den Irak vom 11.-22. September 2002

Dr. Eva-Maria Hobiger*

”Der Krieg ist eine Wunde in der Seele der Menschen, deren Schmerz nach immer grausameren Taten ruft. Doch kein Krieg schließt die Wunde. Jeder neue Krieg macht sie von Mal zu Mal nur noch tödlicher” (Eugen Drewermann)

Es sollte eine traurige Reise werden, zu der Fritz Edlinger, unsere beiden deutschen Helfer Jan-Peter Wierich und Johannes Bergmann und ich am 11. September 2002 aufbrachen. Unsere Reise führte in ein Land, über dessen Menschen wir im Westen kaum etwas wissen. Zwar vergeht seit nahezu einem Jahr kaum ein Tag, an dem nicht in den Medien über einen neuerlichen Krieg gegen den Irak diskutiert wird und man berichtet uns über das diktatorische Regime und über Massenvernichtungswaffen. Worüber uns nicht berichtet wird: Was würde dieser Krieg für die irakische Zivilbevölkerung bedeuten? Das war eine der Fragen, der wir bei unserer 11-tägigen Irakreise nachgehen wollten. Basra, die Millionenstadt am Shatt-el-Arab, 560 km südöstlich von Bagdad gelegen, das einstige ”Venedig des Ostens”, ist zu einem einzigen Slum verkommen. Das Grün der Palmen und Bäume und einzelne, zumindest teilweise erhaltene, Häuserfassaden lassen die frühere Pracht erahnen. Häuserruinen wohin man sieht, mangelnde Abwasserentsorgung – das Embargo hat der Stadt die Möglichkeit genommen, sich von zwei Kriegen zu erholen.

Frauen und Kinder betteln in den Straßen, Männer durchsuchen Abfallhaufen nach Eßbarem. Die Armut bestimmt das Straßenbild. Der chaldäische Erzbischof von Basra, Gabriel Kassab – dem man wohl schwerlich Propaganda des irakischen Regimes unterstellen kann – fasst zusammen: ”Das Embargo hat das Leben der ganzen Stadt gelähmt... Unser Leben ist unerträglich geworden, unwürdig und ungerecht für irgendein menschliches Wesen auf dieser Erde! Wir hier in Basra schwimmen auf einem riesigen unterirdischen See von Erdöl, diesen Reichtum zu nutzen aber bleibt uns verwehrt.” Mit wenigen Mitteln aus dem Ausland versucht der Bischof, einigen Kindern etwas von ihrer Kindheit erleben zu lassen. Zwei Kindergärten betreibt die christliche Gemeinde, weiters eine Apotheke, wo Mittellose Medikamente gratis erhalten. Der Fliegeralarm unterbricht die Ausführungen des Bischofs.

Dr. Azaad führt uns durch die Krankenzimmer des Mutter-Kind-Spitals in Basra. Der Arzt wohnt hier im Krankenhaus, denn das Haus seiner Eltern befindet sich in einem Stadtteil Basras, der seit dem Golfkrieg keinen elektrischen Strom hat. Wie die meisten Männer im Alter von 30 bis 40 Jahren ist Dr. Azaad unverheiratet, denn mit einem Monatsgehalt von 10 Dollar wird eine Ehe zum Luxus. Mangelnde Hygiene wohin man sieht in den Krankenzimmern, für das Reinigungspersonal fehlt das Geld. Mit bescheidenen Mitteln wurden die Zimmer für die krebserkrankten Kinder frisch ausgemalt, Vorhänge zwischen den Betten ersetzen die eigentlich notwendige Isolierung der Kinder, die Nachtkästchen wurden zum x-ten Mal überstrichen. Für die fehlenden Fliesen im Fußboden gab es keinen Ersatz. ”Von Jahr zu Jahr machen wir kleinste Fortschritte, soll ein neuer Krieg das alles wieder zerstören?” fragt mich der Kollege.

Mütter sitzen mit ausdrucks- und teilnahmslosen Mienen am Bett ihrer Kinder, über das Todesurteil, das die Diagnose ”Leukämie” bedeutet, wissen sie Bescheid. Frau Professor Dr. Jenan: ”Wenn in Basra ein Kind Fieber bekommt, befürchten die Mütter bereits, dass es Leukämie hat” und ”Früher war die erste Frage einer Gebärenden: Ist es ein Junge oder ein Mädchen? Heute fragen die Mütter: Ist das Kind normal oder missgebildet?” Drei Prozent der Geburten tragen Missbildungen. Die mitgebrachten Fotos der leukämiekranken Kinder aus dem Vorjahr kommentiert die Ärztin mit einem Wort: ”gestorben, gestorben, gestorben. Wir verlieren sie alle...” Noch niemals, kein einziges Mal, konnte in den letzten Jahren eine Chemotherapie komplett verabreicht werden, es fehlen die wichtigsten Medikamente und somit hat keines der Kinder eine Überlebenschance. Ein greisenhaftes Gesicht starrt uns entgegen, Arme und Beine sind nur von Hautfalten bedeckt: 4 Jahre alt ist das Kind und schwerst unterernährt. In einem anderen Zimmer streckt uns eine Mutter ihr unterernährtes Kind entgegen mit der Bitte, es nach Europa mitzunehmen, denn dort würde es überleben. Wie groß muss die Verzweiflung dieser Mutter sein, wenn sie als Angehörige einer islamischen Gesellschaft, in der Kinder den höchsten Wert darstellen, einen solchen Wunsch äußert? Wir treffen Dr. Saad im Al-Mansour-Kinderspital in Bagdad. Kala Azar, eine typische Armutserkrankung, die in den Elendsvierteln dieser Welt vorkommt, galt als ausgerottet im Irak. Jetzt

sollen 3000 Menschen, vorwiegend Kinder, daran erkrankt sein, rund 40 Fälle pro Monat werden allein in diesem Krankenhaus diagnostiziert. Diese Infektionserkrankung kann in allen Fällen geheilt werden – nicht so in Bagdad, denn das Medikament kommt aufgrund des Embargos nicht ins Land. Der Befall von Leber und Milz hat den Bauch eines sechs Monate alten Säuglings aufgetrieben, die Haut zeigt geplatze Gefäße, wie man sie auf dem Bauch von Schwangeren sieht, Lumpen ersetzen die Windeln. Die Behandlung des Kindes würde 14 Dollar kosten, eine astronomische Summe für irakische Verhältnisse. Wir versuchen, das Medikament auf dem Schwarzmarkt aufzutreiben und scheitern dabei. Das Leben eines irakischen Kindes ist keine 14 Dollar wert!

Seit 12 Jahren besteht das Wirtschaftsembargo gegen den Irak, im Juni 2002 wurden die Sanktionsbestimmungen geändert, "intelligente" Sanktionen traten in Kraft. "Für den Import ziviler Waren in den Irak gibt es nun keine Behinderungen mehr" verlautete aus New York. Wenn das wahr wäre, müssten wir längst eine Genehmigung für die Lieferung unserer medizinischen Geräte für die Blutbank und das Mutter-Kind-Spital in Basra in Händen halten. Wenn das wahr wäre, so befänden sich unsere Geräte längst in den von uns renovierten Labors in Basra. Aber noch immer verhindert der Einspruch der USA die Lieferung unserer humanitären Güter, auf die die Ärzte in Basra ungeduldig warten, seit neun Monaten. "Dual use" lautet die Begründung, Verdacht auf militärische Nutzung. Eine absurde Behauptung, umso mehr als wir ein Urteil der UN-Waffeninspektoren in Händen halten, in denen diese feststellen, dass unsere Geräte nicht militärisch nutzbar sind.

Ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, vermag ich nicht zu beantworten. Die Geheimdienste dieser Welt aber kennen die Antwort sehr genau. Einige Tage vor unserer Abreise wurde von Großbritannien ein Satellitenfoto der ehemaligen Nuklearanlage Tuwaitha unweit von Bagdad präsentiert. Angeblich hätte man dort vermehrte Bauarbeiten festgestellt, was auf eine nukleare Aufrüstung schließen ließe. Wir erhielten die Gelegenheit, diese Anlage zu besuchen, gemeinsam mit fünf westlichen Fernseheteams. Außer zerstörten Reaktoren sah ich tatsächlich Bauarbeiten, jedoch nicht an Reaktoren, sondern an Häusern, die wir auch betreten konnten. Im Frühsommer gab es ähnliche Behauptungen über die chemischen Fabriken in Al Dora und Fellujah: der ehemalige UN-Koordinator Hans von Sponeck besuchte diese Stätten und fand sie im gleichen Zustand vor, wie sie von den UN-Waffeninspektoren zerstört worden waren. Natürlich ist das alles kein Beweis dafür, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besitzt, aber zumindest dort, wo behauptet wird, es gäbe welche, lassen sich keine finden.

Eine unglaubliche Kampagne von Desinformationen versucht, den weltweiten Widerstand gegen einen Krieg zu brechen. Teilweise wird die Propaganda geradezu kurios: In der letzten Septemberwoche hieß es, im Irak befänden sich Al-Qaida-Mitglieder. Ob das stimmt, kann ich auch nicht beantworten, aber Al-Qaida-Leute befinden sich in 80 Ländern dieser Erde, u.a. in den USA. Bedeutet das, dass G.W. Bush sein eigenes Land auch bombardieren wird? Für die Schäden, die durch Bombardements in der Zivilbevölkerung entstehen, gibt es seit dem NATO-Einsatz in Serbien und Kosovo einen neuen Terminus: Kollateralschäden.

Die Kollateralschäden des Golfkrieges und des Embargos - das sind die leukämiekranken Kinder, die Kinder, die an Kala Azar, an chronischer Unterernährung, an Durchfall, an simplen Infektionserkrankungen sterben. Monat für Monat sind es 5000 im Irak. Ein Kollateralschaden ist auch die Zerstörung der gesamten Gesellschaft eines 23 Millionen Volkes. Mehr als sonst hat sich uns bei dieser Reise ein Bild der Resignation, der Hoffnungslosigkeit, ja der Lähmung unter der irakischen Bevölkerung geboten. Selbst die Bedrohung durch einen neuerlichen Krieg lässt die Menschen teilnahmslos. "Sollen sie kommen, wir haben nichts mehr zu verlieren."

Diese Apathie ist wohl der stärkste Eindruck dieser Reise und der, der am meisten betroffen macht. Zwei Kriege, die Herrschaft des repressiven irakischen Regimes und zwölf Jahre eines unmenschlichen Embargos, das ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft, haben das Leben auf einen winzigen Funken reduziert, der Überleben heißt. Das sind die Menschen, gegen die nun neuerlich Krieg geführt werden soll. Welche Zukunft aber hat ein Volk, das aufgegeben hat? Sollte es zu einem Krieg gegen den Irak kommen: wird die amerikanische Nation den Sieg über diese Menschen auch mit einer großen Parade feiern, mit Flaggen und Konfetti? Noch besteht Hoffnung, dass die Auseinandersetzung mit dem Irak im Plenarsaal der Vereinten Nationen stattfindet und nicht auf den Schlachtfeldern. Es ist die Stimme der

gesamten leidgeprüften irakischen Zivilbevölkerung, die spricht, wenn Gabriel Kassab, der Erzbischof von Basra, einen Hilferuf an die Welt schickt: "Ich appelliere an alle Menschen guten Willens, ihre Stimme zu erheben, damit dieses menschenunwürdige Embargo von uns genommen wird, damit uns nicht neuerlich ein Krieg trifft, damit es uns endlich wieder erlaubt wird, das zu erhalten, was wir für das tägliche Leben und Überleben brauchen!"

* Dr. Eva-Maria Hobiger ist Fachärztin für Radioonkologie in Wien und medizinische Leiterin eines Projektes der Gesellschaft für österreichisch-arabische Beziehungen „Aladins Wunderlampe. Hilfe für krebserkrankte Kinder in Basra“

Ein Brief von US-Bürgern 150 US-Intellektuelle

Zu den UnterzeichnerInnen dieses Briefes gehört auch Helen Caldicott, Gründungsmitglied der PSR.

An unsere Freunde in Europa

Vorbemerkung. Der größte Trugschluss der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der "amerikanischen Werte", so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland.

Nach den Selbstmordanschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 erklärte US-Präsident George W. Bush einen zeitlich unbegrenzten "Krieg gegen den Terrorismus". Dieser Krieg kennt keine klaren Grenzen, weder räumlich, noch zeitlich, noch, was das Ausmaß an Zerstörung betrifft. Derzeit kann niemand vorhersagen, welches Land noch in den Verdacht geraten kann "Terroristen" zu beherbergen oder zur "Achse des Bösen" zu zählen. Die Ausrottung des "Bösen" könnte viel länger dauern, als die Welt den dabei angewendeten Zerstörungskräften widerstehen kann. Schon jetzt setzt das Pentagon aus seinem immer perfekteren Arsenal des Schreckens Bomben ein, deren Auswirkungen einem Erdbeben gleichen, und zieht ganz offiziell den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht.

Die absehbare materielle Zerstörung geht ins Unermeßliche. Dasselbe gilt für die menschlichen Verluste, nicht nur an Leben, sondern auch im Hinblick auf die Verzweiflung und den Haß von Millionen Menschen, die hilflos zusehen müssen, wie ihre Welt von den Vereinigten Staaten verwüstet wird, einem Land, das seine moralische Autorität für ebenso absolut und unanfechtbar hält wie seine militärische Macht. Als Bürger der Vereinigten Staaten tragen wir eine besondere Verantwortung, uns dem Wahnsinn dieser kriegerischen Entwicklung zu widersetzen. Eine besondere Verantwortung fällt aber auch Ihnen als Europäer zu. Denn die meisten europäischen Staaten sind im Rahmen der NATO mit den USA militärisch verbündet. Die Vereinigten Staaten behaupten, der Krieg diene der Selbstverteidigung, aber zugleich auch, er werde zum Schutz der "Interessen ihrer Verbündeten und Freunde" geführt. Ihre Länder werden zwangsläufig in die militärischen Abenteuer der USA hineingezogen werden. Auch Ihre Zukunft ist in Gefahr!

Viele informierte Menschen innerhalb wie außerhalb der europäischen Regierungen sind sich der des gefährlichen Irrsinns der von der Bush-Administration eingeschlagenen Kriegspolitik bewußt. Aber nur wenige haben den Mut, dies auch ehrlich auszusprechen. Sie lassen sich von den möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen "Freunde" und "Verbündete" einschüchtern, die ihre bedingungslose Unterstützung aufkündigen. Außerdem haben sie haben Angst davor, als "anti-amerikanisch" zu gelten, letzteres eine Bezeichnung, mit der absurderweise auch US-Amerikaner gebrandmarkt werden, die die Kriegspolitik kritisieren und deren Protest durch die chauvinistische Hetze unterdrückt wird, die einen Großteil der US-Medien beherrscht. Rationale und offen vorgetragene europäische Kritik an der Politik der Bush-Administration könnte dazu beitragen, den gegen den Krieg eingestellten Amerikanern im eigenen Land Gehör zu verschaffen. Die Verherrlichung der Macht ist vielleicht die älteste Berufung der Dichter und Schriftsteller dieser Welt. Als stärkste Weltmacht ziehen die Vereinigten Staaten natürlich besonders viele Schmeichler an, die die politischen Führer des Landes dazu drängen, in der Anwendung militärischer Mittel immer weiter zu gehen, um einer widerstrebenden Welt Tugend einzubläuen. Das Thema ist uralte und immer gleich: die große Güte der Mächtigen soll den Machtlosen mit Gewalt aufgezwungen werden.

Der größte Trugschluß der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der "amerikanischen Werte", so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland. Selbstverherrlichung ist ein berüchtigtes Wesensmerkmal der US-amerikanischen Kultur, das in einer Einwanderungsgesellschaft eine nützliche Rolle bei der Assimilierung neuer Bürger spielen mag. Aber leider hat der 11. September hier zu beispiellosen Extremen geführt. Das hat zur Folge, daß die unter US-Bürgern weitverbreitete Illusion verstärkt wird, die ganze Welt orientiere sich voll Bewunderung oder Neid an den Vereinigten Staaten, so wie diese sich selbst sehen: als wohlhabend, demokratisch, großzügig, gastfreundlich und offen für alle Rassen und Religionen, als Inbegriff universeller menschlicher Werte und letzte und beste Hoffnung der Menschheit.

In diesem ideologischen Kontext gibt es auf die nach dem 11. September gestellte Frage: "Warum hassen sie uns?" nur eine Antwort: "Weil wir so großartig sind!" Oder entsprechend der allgemein verbreiteten Behauptung: Sie hassen uns wegen "unserer Werte". Die meisten US-Bürger haben keine Ahnung, daß die Außenpolitik der USA nichts mit den bei uns so gefeierten "Werten" zu tun hat, sondern im Gegenteil oftmals dazu dient, Menschen in anderen Ländern die Möglichkeit vorzuenthalten, diese "Werte" ebenfalls zu genießen, sollten sie einmal den Versuch unternehmen, dies zu tun. Die Machtpolitik der USA hat in Lateinamerika, Afrika und Asien meist dazu gedient, die Überbleibsel der Kolonialherrschaft und verhaßte Diktatoren an der Macht zu halten, für die Wirtschaft dieser Länder verheerende wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen aufzuzwingen, repressive Militärkräfte zu unterstützen, unabhängige Regierungen zu stürzen oder durch Sanktionen in den Würgegriff zu nehmen, und als letztes Mittel Bomben und Raketen gegen sie loszuschicken, die Tod und Verderben auf sie herab regnen lassen.

Das "Recht auf Selbstverteidigung"

a. Wessen Recht?

Die Vereinigten Staaten fühlen sich seit dem 11. September einem Angriff ausgesetzt. Daraus schließt die Regierung auf ein "Recht auf Selbstverteidigung" und meint nun, ohne Schuldnachweis oder rechtliche Prozedur Krieg nach ihren Bedingungen und eigener Wahl gegen jedes Land führen zu können, das sie als Feind bezeichnen. Dieses "Recht auf Selbstverteidigung" galt natürlich nie für Länder wie Vietnam, Laos, Kambodscha, Libyen, Sudan oder Jugoslawien, wenn diese von den USA bombardiert wurden. Dies ist eben das Recht des Stärksten, das Gesetz des Dschungels. Die Ausübung eines "Rechts", das allen anderen verwehrt wird, kann niemals "universellen Werten" dienen, sondern untergräbt in Wirklichkeit jeden Begriff einer Weltordnung, die auf universellen Rechten beruht und allen gleichermaßen den Anspruch auf rechtliche Mittel zugesteht. Ein "Recht", das nur von einem - dem Stärksten - beansprucht werden kann, ist kein Recht sondern ein Privileg zum Nachteil der Rechte anderer.

b. Wie wollen die Vereinigten Staaten sich "verteidigen"?

Die Vereinigten Staaten haben, angeblich zur "Selbstverteidigung", einen Krieg gegen Afghanistan begonnen. Das war keine spezifisch Reaktion auf die beispiellosen Ereignisse vom 11. September. Im Gegenteil, es war genau das, was die Vereinigten Staaten, wie Dokumente aus dem Pentagon belegen, schon vorher in Gang gesetzt und geplant hatten: die Bombardierung anderer Länder und der Einsatz von Militärkräften auf fremdem Boden zum Sturz der jeweiligen Regierungen. Die Vereinigten Staaten planen ganz offen einen allumfassenden - selbst den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht ziehenden - Krieg gegen den Irak, ein Land, das sie seit über zehn Jahren immer wieder mit dem erklärten Ziel bombardiert haben, die dortige Regierung durch von Washington ausgewählte Führer zu ersetzen.

c. Was genau wird "verteidigt"?

Was verteidigt wird, hat etwas mit dem zu tun, was angegriffen wurde. "Verteidigung" bedeutet normalerweise die Verteidigung des nationalen Territoriums. Und tatsächlich fand am 11. September ein Angriff auf und gegen US-Territorium statt. Es war kein konventioneller Angriff seitens eines mächtigen Staats, um Land zu erobern, sondern ein anonymer Anschlag auf bestimmte, zur Zielscheibe erkorene Institutionen. Da sich niemand zu den Anschlägen bekannt hat, sollte der Symbolcharakter der Ziele vermutlich für sich selbst sprechen. Das World Trade Center symbolisiert die globale wirtschaftliche, das Pentagon die militärische Macht der USA. Demnach ist es sehr unwahrscheinlich, daß die Anschläge vom 11. September sich symbolisch gegen "amerikanische Werte" gerichtet haben, wie sie in den Vereinigten Staaten gefeiert werden. Statt dessen scheint die wirtschaftliche und militärische Macht der USA, so wie sie sich im Ausland darstellt, das wahre Ziel der Anschläge gewesen zu sein. Berichten zufolge waren 15 der 19 identifizierten Flugzeugentführer Saudi-Araber, die der Präsenz von US-Militärbasen auf saudischem Boden feindlich gegenüberstehen. Die Ereignisse des 11. September legen den Schluß nahe, daß die Nation, die andere Länder so stark ihre Macht spüren läßt, selbst im Inneren verwundbar ist. Aber die wirkliche Frage ist die der US-Interventionen im Ausland. Tatsächlich verfolgen die Kriege Bushs genau die Absicht, die US-Macht im Ausland zu behaupten und zu stärken. In diesen Kriegen wird die weltweite Projektion der Macht der USA verteidigt, nicht die Freiheit der Amerikaner und ihr Lebensstil.

In Wirklichkeit schwächen Kriege im Ausland die von den US-Bürgern geschätzten Werte, statt sie zu verteidigen oder gar auszubreiten. Aber Regierungen, die Aggressionskriege führen, werben immer um Unterstützung, indem sie die Bürger davon überzeugen versuchen, daß der Krieg notwendig ist, um edle

Ideale zu verteidigen oder zu verbreiten. Der Hauptunterschied zwischen den imperialen Kriegen der Vergangenheit und dem globalen Machstreben der Vereinigten Staaten heute liegt in der um ein Vielfaches größeren Zerstörungskraft, die nun zur Verfügung steht. Das Mißverhältnis zwischen der materiellen Zerstörungskraft und der konstruktiven Kraft menschlicher Weisheit war noch nie so groß und gefährlich. Die Intellektuellen können wählen, ob sie sich dem Chor jener anschließen möchten, die die brutale Anwendung von Macht verherrlichen, indem sie ihr "geistige Werte" andichten, oder ob sie die schwierigere und wichtigere Aufgabe übernehmen wollen, die arrogante Torheit der Mächtigen zu entlarven und mit der gesamten Menschheit zusammenzuwirken, um Wege zu einem vernünftigen Dialog, gerechten wirtschaftlichen Beziehungen und Gerechtigkeit für alle zu finden.

Das Recht auf Selbstverteidigung muss ein kollektives Menschenrecht sein. Die Menschheit als Ganzes hat das Recht, ihr eigenes Überleben gegen die "Selbstverteidigung" einer keinen Beschränkungen unterworfenen Supermacht zu verteidigen. Seit einem halben Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten wiederholt ihre Gleichgültigkeit gegenüber Tod und Zerstörung demonstriert, die ihre eigenmächtigen Bemühungen zur Weltverbesserung stets begleitet haben. In unseren reichen Ländern können wir nur durch unsere Solidarität mit den Opfern der Militärmacht der USA jene universellen Werte verteidigen, von denen wir behaupten, daß sie uns so lieb und teuer sind.

UnterzeichnerInnen:

Daphne Abeel, Journalist, Cambridge, Massachusetts. Julie L. Abraham, Professor of English, New York City. Michael Albert, ZNet, Boston. Janet Kestenberg Amighi, Anthropologist, Hahneman University, Pennsylvania. Electa Arenal, Hispanic & Luso-Brazilian Literatures, City University of New York. Anthony Arnone, Editor/Publisher, South End Press, Boston. Stanley Aronowitz, Center for Cultural Studies, City University of New York. Dean Baker, economist, Center for Economic and Policy Research, Washington, D.C. Houston A. Baker, Jr., Duke University, Durham, North Carolina. David Barsamian, Director, Alternative Radio, Boulder, Colorado. Rosalyn Baxandall, Chair, American Studies at SUNY- College at Old Westbury. Medea Benjamin, Founding Director, Global Exchange, San Francisco. Dick Bennett, Professor Emeritus, University of Arkansas. Larry Bensky, KPFA/Pacifica Radio. Joel Bleifuss, Editor, In These Times. Chana Bloch, Professor of English, Mills College. William Blum, author, Washington, DC. Magda Bogin, Writer, Columbia University. Patrick Bond, University of the Witwatersrand, Johannesburg. Francis A. Boyle, Professor of International Law, University of Illinois. Gray Brechin, Research Fellow, Department of Geography, University of California, Berkeley. Renate Bridenthal, Professor Emerita of History, The City University of New York. Linda Bullard, environmentalist, U.S.A./ Europe. Judith Butler, University of California, Berkeley. Bob Buzzanco, Professor of History, University of Houston. Helen Caldicott, pediatrician, author, founder of Physicians for Social Responsibility. John Cammett, historian, New York. Stephanie M.H. Camp, Assistant Professor of History, University of Washington. Ward Churchill, Author, Boulder, Colorado. John P. Clark, Professor of Philosophy and Environment, Loyola University, New Orleans. Dan Coughlin, Radio Executive Director, Washington, DC. Sandi Cooper, historian, New York. Lawrence Davidson, Professor of Middle East history, West Chester University, Pennsylvania. David Devine, Professor of English, Paris, France. Douglas Dowd, economist, Bologna, San Francisco. Madhu Dubey, Professor of English and Africana Studies, Brown University, Rhode Island. Richard Du Boff, Bryn Mawr College, Pennsylvania. Peter Erlinder, Past President, National Lawyers Guild, Law Professor, St. Paul, Minnesota. Francis Feeley, Professor of American Studies, Université Stendhal, Grenoble. Richard Flynn, of Literature and Philosophy, Georgia Southern University. Michael S. Foley, Assistant Professor of History, City University of New York. John Bellamy Foster, Eugene, Oregon. H. Bruce Franklin, Professor of English and American Studies, Rutgers University, New Jersey. Jane Franklin, Author and historian, Montclair, New Jersey. Oscar H. Gandy, Jr., Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania. Jamshed Ghandhi, Wharton School, University of Pennsylvania. Larry Gross, The Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania. Beau Grosscup, Professor of International Relations, California State University at Chico. Zalmay Gulzad, Professor of Asian-American Studies, Loyola University, Chicago. Thomas J. Gumbleton, Auxiliary Bishop, Roman Catholic Archdiocese of Detroit. Marilyn Hacker, Professor of English, The City College of New York. Robin Hahnel, Professor of Economics, American University, Washington DC. Edward S. Herman, economist and media analyst, Philadelphia. Marc W. Herold, University of New Hampshire. John L. Hess, Journalist and correspondent, New York. David U. Himmelstein, M.D., Associate Professor of Medicine, Harvard Medical School. W.G. Huff, University of Glasgow. Adrian Prentice Hull, Social & Behavioral Sciences Center, California State University, Seaside. Marsha Hurst, Director, Health Advocacy Program, Sarah Lawrence College, New York. David Isles, Associate Prof. of Mathematics, Tufts University, Medford, Massachusetts. Robert Jensen, School of Journalism, University of Texas. Diana Johnstone, journalist, Paris, France. John Jonik, Political Cartoonist/Activist, Philadelphia. Louis Kampf, Professor Emeritus of Literature, Massachusetts Institute of Technology. Mary Kaye, Professor of Fine Arts, The Art Institute of Boston at Lesley University. Douglas Kellner, University of California, Los Angeles. Michael King, Senior News Editor, The Austin Chronicle, Texas. Gabriel Kolko, author, Amsterdam. Joyce Kolko, author, Amsterdam. Claudia Koonz, history professor, Duke University, North Carolina. Joel Kovel, Bard College. Marilyn Krysl, writer, University of Colorado. Mark Lance, associate professor of philosophy, justice and peace, Georgetown University. Ann J. Lane,

University of Virginia. Amy Schragger Lang, Associate Professor of American Studies, Cambridge, Massachusetts. Karen Latuchie, book editor, New Jersey. Peggy Law, Executive Director, International Media Project, Oakland, California. Helena Lewis, Historian, Harvard University Humanities Center. Dave Lindorff, Journalist, Maple Glen, Pennsylvania. Eric Lott, Professor of English, University of Virginia. Angus Love, Esq., Narberth, Pennsylvania. David MacMichael, Washington Director of the Association of National Security Alumni. Harry Magdoff, co-editor, *Monthly Review*, New York. Sanjoy Mahajan, physicist, University of Cambridge, England. Michael Marcus, Dept. of Mathematics, City College, New York. Robert McChesney, University of Illinois. Jo Ann McNamara, Historian Emerita, Hunter College, New York. Arthur Mitzman, Emeritus Professor of Modern History, University of Amsterdam. Robert Naiman, Center for Economic and Policy Research, Washington, DC. Marilyn Nelson, Poet/Professor, University of Connecticut. Suzanne Oboler, University of Illinois, Chicago. Bertell Ollman, Department of Politics, New York University. Alicia Ostriker, Professor of English, Rutgers University, New Jersey. Christian Parenti, author, New College of California. Michael Parenti, author, Berkeley, California. Mark Pavlick, Georgetown University, Washington, D.C. Michael Perelman, Professor of Economics, Chico State University, California. Jeff Perlstien, Executive Director, Media Alliance, San Francisco. David Peterson, writer and researcher, Chicago. James Petras, State University of New York, Binghamton. Joan Pinkham, Translator, Amherst, Massachusetts. Lawrence Pinkham, Professor Emeritus of Journalism, University of Massachusetts. Cathie Platt, Licensed Professional Counselor, Charlottesville, Virginia. Gordon Poole, Istituto Universitario Orientale, Naples, Italy. Douglas Porpora, Professor of Sociology, Drexel University, Philadelphia. Larry Portis, Professor of American Studies, Université Paul Valéry, Montpellier, France. Ellen Ray, Institute for Media Analysis, New York City. Elton Rayack, Professor of Economics (Emeritus), University of Rhode Island. Lillian S. Robinson, Principal, Simone de Beauvoir Institute, Concordia University, Montreal. Rick Rozoff, medical social worker, Chicago. Albert Ruben, writer. Sten Rudstrom, Theater Artist, Berlin. William H. Schaap, Institute for Media Analysis, New York City. Ellen Schrecker, Yeshiva University, New York City. Gretchen Seifert, artist/photographer, Chicago. Anne Shaver, Professor Emerita of English, Denison University, Ohio. Gerald E. Shenk, Social & Behavioral Sciences Center, California State University, Seaside. Mary Shepard, media critic, St Paul, Minnesota. Francis Shor, professor, Wayne State University, Michigan. Robert M. Smith, Brandywine Peace Community, Swarthmore, Pennsylvania. Alan Sokal, Professor of Physics, New York University. Norman Solomon, author and syndicated columnist, San Francisco. William S. Solomon, Rutgers University, New Brunswick, N.J. Sarah Standefer, nurse, Minneapolis, Minnesota. Abraham Sussman, Clinical Psychologist, Cambridge, Massachusetts. Malcolm Sylvers, University of Venice, Italy. Paul M. Sweezy, co-editor, *Monthly Review*, New York. Holly Thau, Psychotherapist, Oregon. Reetika Vazirani, Writer, New Jersey. Gore Vidal, Writer, Los Angeles. Joe Volk, Friends Committee on National Legislation, Washington, DC. Lynne Walker, Historian, London. Karin Wilkins, University of Texas at Austin. Howard Winant, Temple University, Philadelphia. Steffie Woolhandler, M.D., M.P.H., Associate Professor of Medicine, Harvard Medical School. George Wright, Department of Political Science, California State University, Chico. Howard Zinn, writer, Boston, Massachusetts.

HU'S ON FIRST By James Sherman

(We take you now to the Oval Office.)

George: Condi! Nice to see you. What's happening?

Condi: Sir, I have the report here about the new leader of China.

George: Great. Lay it on me.

Condi: Hu is the new leader of China.

George: That's what I want to know.

Condi: That's what I'm telling you.

George: That's what I'm asking you. Who is the new leader of China?

Condi: Yes.

George: I mean the fellow's name.

Condi: Hu.

George: The guy in China.

Condi: Hu.

George: The new leader of China.

Condi: Hu.

George: The Chinaman!

Condi: Hu is leading China.

George: Now whaddya' asking me for?

Condi: I'm telling you Hu is leading China.

George: Well, I'm asking you. Who is leading China?

Condi: That's the man's name.

George: That's who's name?

Condi: Yes.

George: Will you or will you not tell me the name of the new leader of China?

Condi: Yes, sir.

George: Yassir? Yassir Arafat is in China? I thought he was in the Middle East.

Condi: That's correct.

George: Then who is in China?

Condi: Yes, sir.

George: Yassir is in China?

Condi: No, sir.

George: Then who is?

Condi: Yes, sir.

George: Yassir?

Condi: No, sir.

George: Look, Condi. I need to know the name of the new leader of China. Get me the Secretary General of the U.N. on the phone.

Condi: Kofi?

George: No, thanks.

Condi: You want Kofi?

George: No.

Condi: You don't want Kofi.

George: No. But now that you mention it, I could use a glass of milk. And then get me the U.N. **Condi:** Yes, sir.

George: Not Yassir! The guy at the U.N.

Condi: Kofi?

George: Milk! Will you please make the call?

Condi: And call who?

George: Who is the guy at the U.N.?

Condi: Hu is the guy in China.

George: Will you stay out of China?!

Condi: Yes, sir.

George: And stay out of the Middle East! Just get me the guy at the U.N.

Condi: Kofi.

George: All right! With cream and two sugars. Now get on the phone. (Condi picks up the phone.)

Condi: Rice, here.

George: Rice? Good idea. And a couple of egg rolls, too. Maybe we should send some to the guy in China. And the Middle East. Can you get Chinese food in the Middle East?

Meeting at the World Health Organisation, July 18, 2002

Solange et Michel Fernex et Jean-Luc Riond

Le 18 juillet 2002, une délégation de PSR/IPPNW et de WILPF a été reçue par le Dr. David Nabarro, Directeur Général Exécutif de l'OMS, et deux responsables du département de la Protection de l'Environnement humain, Dr. Richard Helmer, Directeur, et le Dr. Michaël Repacholi, de retour du Belarus.

PSR/IPPNW Suisse était représenté par son président, PD Dr. Jean-Luc Riond, et le Prof. Dr. med. Michel Fernex, membre du Comité et Madame Solange Fernex, Présidente de WILPF France (Femmes pour la Paix et la Liberté), une organisation engagée depuis un demi-siècle pour la prévention des risques de l'énergie atomique.

Les représentants de l'OMS pensaient aussi saluer un représentant de CONTRATOM lors de cette rencontre. C'est une ONG que nous soutenons et qui, comme nous, exige la transparence dans la recherche et l'indépendance scientifique de l'OMS dans le domaine des rayonnements ionisants, en particulier quand il est question des conséquences sanitaires de Tchernobyl.

Ces organisations et de nombreuses autres demandent qu'on amende l'Accord (Res. WHA. 12.40) signé en 1959 par l'OMS et l'Agence Internationale de l'Energie Atomique (AIEA). Cela représenterait un pas vers plus de liberté dans la recherche et la possibilité de publier les données scientifiques dans ce domaine, à l'abri de la censure.

Conjointement nous entreprenons aussi des démarches pour obtenir la libération du Prof. Dr. med. Youri Bandazhevsky et d'autres médecins et chercheurs brimés ou incarcérés en Bélarus.

Parmi les questions qui demeurent sans réponse il y a : „Comment se fait-il que les équipes envoyées sur le terrain en 1992 n'ont jamais rendu visite à la Faculté de Médecine de Gomel et à son Doyen, travaillant au centre de la province la plus touchée par les retombées de Tchernobyl, d'autant plus que plus de 20 thèses d'habilitation de cette jeune Faculté de médecine avaient été consacrées aux atteintes tissulaires et maladies liées à l'incorporation chronique de radionucléides, ^{90}Sr et ^{137}Cs principalement.

Avec ses collaborateurs, le Prof. Bandazhevsky avait démontré que certains organes, en particulier le pancréas, les glandes endocrines, le thymus, le cœur et le placenta, accumulent jusqu'à 50 fois plus de césium que l'organisme entier. Les thèses décrivaient les maladies engendrées par une accumulation chronique de césium dans un organe donné. Ces chercheurs ont trouvé une corrélation entre une forte accumulation chronique de césium dans un organe et des manifestations cliniques, anatomopathologiques et histologiques. Ces syndrome peuvent être reproduits par l'adjonction de césium au régime alimentaire des animaux de laboratoire. Ces thèses peuvent être obtenues à la „High Attestation Commission“ de Russie, à Moscou“ (Vyschaia Attestatsionnaia Kommissia Rossii, Moskva).

Nous avons le sentiment que l'OMS n'a pas reçu l'autorisation de rendre visite aux équipes médicales de cet Institut d'Etat de Gomel, qui dépendaient du Ministère de la Santé du Bélarus. Cette exigence venait sans doute du principal financeur de ce Ministère: l'AIEA.

Dans sa réponse, le Dr. Nabarro ne pense pas que l'OMS était absente du terrain avant 1992, lorsque les plans établis par l'AIEA furent mis en application par les équipes OMS. Par ailleurs, il ne croit pas que le département juridique de l'OMS considère que l'Accord (WHA 12. 40) constitue véritablement un obstacle à l'indépendance de l'OMS et à la transparence de ses travaux dans le domaine des rayonnements ionisants.

Sur ce sujet, nous disposons du témoignage du Directeur Général de l'OMS en 1995, lors du congrès censuré. Il fallait empêcher que les actes destinés à éclairer la Conférence de l'AIEA, en avril 1996 sur Tchernobyl soient publiés, pour ne pas empêcher l'AIEA de produire le document préédigé le plus faux de son histoire. Lors du congrès de Kiev en 2002, le Dr. Nakajima confirmait que l'AIEA avait le pouvoir légal d'interdire à l'OMS de publier.

L'accord indique :

„Whenever either organisation proposes to initiate a programme or activity in which the other organisation has or may have a substantial interest, the first party shall consult the other with a view to adjusting the matter by mutual agreement“.

Depuis des années WILPF, puis IPPNW demandent que ce paragraphe s'arrête ainsi :

„... the first party shall inform the other. „ (Point final)

PSR/IPPNW reconnaît que certains travaux ont été réalisés par l'Office Régional de l'OMS à Copenhague. C'est avant tout le Helsinki Project Office for Nuclear Emergencies and Public Health, sous la direction du Dr. Keith Baverstock qui, au début des années 90, a confirmé l'épidémie de cancers de la thyroïde chez les enfants du Belarus, comme le fit le Prof. Abelin de Berne. Il a du reste fallu à l'AIEA et à l'UNSCEAR cinq années supplémentaires avant d'admettre l'existence de ces cancers, ce qui implique d'aider financièrement les hôpitaux soignant ces enfants.

Nous évoquons tous les amendements nécessaires pour qu'à l'avenir les plans de recherche ne donnent pas une priorité plus haute aux caries dentaires, qu'aux dommages génétiques causés par les rayonnements ionisants.

Nous remettons les deux lettres adressées à tous les ministres de la santé lors des Assemblées Mondiales de la Santé (WHA 2001 et 2002). La dernière lettre était signée de notre président, du Président Béhar et moi-même.

Le Dr. Repacholi nous informe des difficultés rencontrées lors de son voyage en Belarus, lorsqu'il a évoqué avec des représentants du Ministère de la Santé le problème de Bandazhevsky. Il s'adressait précisément à ceux qui d'après un rapport de Bandazhevsky (qui lui a valu son incarcération brutale au milieu de la nuit) le gaspillage de sommes colossales - 17 milliards de roubles- fournis par l'OMS, l'AIEA, OCHA, la Grande Bretagne et l'Allemagne. Le Dr. Repacholi venait avec un chèque de 2 million US\$ offerts par le Japon pour la recherche. Il sera utilisé pour des travaux dans le seul domaine agréé par l'AIEA : le cancer de la thyroïde de l'enfant (la carcinogénèse).

Le Dr. Nabarro nous demande quels projets de recherche pour des enfants pourraient être proposés par notre NGO. La réponse classique de l'OMS, dans une telle situation, est de réunir un groupe d'étude (Scientific Working Group), réunissant des sommités mondiales dans les domaines en question. A titre d'exemple :

1. Un groupe devrait reprendre les travaux faisant suite à ceux de 1956 où vingt, parmi les plus prestigieux généticiens se sont réunis pour étudier les „Effets génétiques des radiations chez l'homme“. (Rapport d'un groupe d'étude réuni par l'OMS, publié à Genève en 1957). A la place de H.J. Muller, Nobel de Génétique, la figure de proue de l'équipe de 1956, on prendrait aujourd'hui A.J. Jeffreys, également Nobel de Génétique à l'Université de Leicester. Il pourrait conseiller le choix des 19 autres généticiens.
2. Un autre groupe de travail pourrait étudier les „Effets de l'incorporation chronique de ¹³⁷Cs sur le système cardiovasculaire ou l'équilibre hormonal“. Cela nécessiterait d'étudier de près ou de répéter les travaux expérimentaux du Prof. Bandazhevsky chez le rat, et de comparer la pathologie observée chez l'animal avec celle des enfants au Bélarus.

Nous avons remis un exemplaire de la thèse d'habilitation du Dr. Galina Bandazhevskaya au Dr. Nabarro, consacrée précisément à ce sujet.

3. Un troisième sujet pourrait concerner radiocésium et reproduction. Le caesium s'accumule dans les glandes endocrines, plus que dans tous les autres organes. Pendant la grossesse, le placenta fixe le césium circulant, protégeant l'enfant et réduisant la charge chez la maman, mais la fonction du placenta est altérée : troubles hormonaux, échanges altérés et malformations congénitales, fragilité de l'enfant à la naissance. A nouveau, l'expérimentation chez le hamster permet de reproduire toutes ces anomalies.

4. Un autre sujet important serait encore Tchernobyl et le système immunitaire. Les travaux ne manquent pas sur ce sujet. Les conséquences sont en particulier l'augmentation des maladies allergiques et une explosion des maladies autoimmunes. On assiste à une épidémie de thyroïdite de Hashimoto, davantage dans les régions hautement contaminées. L'incidence du diabète sucré insulino dépendant de l'enfant augmente également, avec un début à des âges toujours plus précoces. Pour cette maladie, l'AIEA aurait de la peine à affirmer comme elle le fait toujours „Les cas ne sont pas plus nombreux, mais on les recherche davantage“. On ne recherche pas le diabète chez les nourrissons et les petits enfants. Ces enfants entrent comateux à l'hôpital.

Les experts pourraient, au Bélarus, développer des méthodes de dépistage du diabète, avant que la maladie ne survienne, le but étant d'influencer le système immunitaire avant que la destruction des cellules bêta ne soit complète. Ainsi, la fonction persisterait, évitant un traitement par trois injections d'insuline quotidiennes, une vie durant.

5. Nous avons aussi proposé d'étudier, cette fois-ci chez l'adulte, chez les liquidateurs, les atteintes neuropsychiques, à l'origine de l'invalidité d'un liquidateur sur trois. Ces jeunes adultes sains avaient 33 - 34 ans lors de leur intervention sur le chantier de Tchernobyl. Ils ont été 600.000 à être confrontés avec la radioactivité complexe de ce site, très contaminé par les transuraniens, le plutonium en particulier, dont les poussières étaient soulevées par les vents, mais aussi les machines et véhicule. Pour le Prof. Pierre Flor-Henry, de l'Université d'Alberta à Edmonton, Canada, les rayonnements ionisants affectent sélectivement les neurones de l'hémisphère gauche, avec des troubles de la mémoire cognitive et finalement un syndrome clinique évoquant le „chronic fatigue syndrome“, que l'on a aussi rencontré chez les vétérans de la Guerre du Golfe, soumis probablement aux fumées ou minuscules poussières (0,1 à 8 microns) d'uranium 238.

Proche du système nerveux central, il y a les maladies des yeux, les atteintes de l'uvéa, et la cataracte qui touche jusqu'à 30 % des enfants dans les régions hautement contaminées.

6. Nous avons aussi évoqué les registres du cancer du Bélarus, que le lobby atomique est parvenu à démanteler après la conférence de Vienne en 1996. Il nous semble cependant que les cancers ne représentent que la partie visible de l'iceberg formé par toutes les maladies dues aux retombées radioactives de Tchernobyl. En effet, il faut étudier tous les organes ou systèmes, car tous sont affectés: le système digestif, les reins et d'autres parenchymes.

Parmi les mesures de radioprotection dans un pays aussi pauvre que le Bélarus, l'Etat est contraint de réduire l'aide aux populations exposées aux rayonnements. On cesse de donner des repas propres et gratuits dans les écoles. On raccourcit ou supprime les cures dans des sanatoriums où les enfants profitent d'un environnement peu contaminé pendant un mois par an. Il faut donc trouver d'autres aides, comme l'utilisation d'adsorbants. Nous avons demandé au Dr. Nabarro d'étudier les différents adsorbants utilisés dans les régions d'Ukraine contaminées, comme la pectine de pomme, dont l'utilisation en Bélarus n'est que sporadique.

Le Dr. Nabarro nous a demandé si nous tenions à la publication des actes de la Conférence de 1995. Avec 7 années de retard, cette publication n'a plus de sens, elle était essentielle avant la conférence de l'AIEA, à la date prévue. Au mois de mars 1996, c'eût été ce qu'on appelle un „best seller“. Nous nous rappelons l'exposé du Prof. Okeanov et serions heureux que ce document soit publié en tant que témoignage de ce qu'ont été cette Conférence qui a duré trois jours.

Les connaissances ont augmenté depuis, même si près de 80% des investissements pour la recherche se sont concentrés sur un point qui ne représente sans doute que 3% des problèmes médicaux des enfants, liés aux rayonnements. Il s'agit d'un sujet politiquement acceptable : le cancer de la thyroïde de l'enfant.

Le Dr. Nabarro a déclaré qu'il considérait comme essentiel que les chercheurs soient indépendants, que la transparence dans les résultats soit complète. Il refusera les interférences venant de l'extérieur. (Comme dans le domaine du tabac, où l'OMS a su déceler les interventions du lobby qui parvenait à masquer la vérité, pendant des décennies). Le Dr. Nabarro nous donne sa carte, en nous demandant de faire appel à lui, directement par téléphone ou e-mail, dès qu'un problème grave se posera.

Nous avons exprimé notre reconnaissance, et notre espoir de savoir qu'à l'avenir les rapports entre l'OMS et l'AIEA seront normalisés, dans le sens d'une indépendance dans la recherche et dans la publication de résultats. Notre espoir concerne aussi les 9 millions de victimes de Tchernobyl, dont parle Kofi Annan, Secrétaire Général des Nations Unies. Kofi Annan indique que ce nombre des victimes de Tchernobyl s'accroît, il ajoute que les atteintes génétiques se traduiront par des souffrances dans les générations qui viennent.

Massenvernichtungswaffen Früher wurden sie ABC-Waffen genannt

Arthur Muhl

Die Ursachen der meisten Terroranschläge sind Ungerechtigkeit, Gewalt und die daraus resultierende Verzweiflung. Wenn die gegenwärtige, hauptsächlich auch auf Gewaltanwendung beruhende Gegen-Strategie weiter eskaliert, wird der furchtbare Zeitpunkt eintreten, wo eine Massenvernichtungswaffe eingesetzt wird, wieder hauptsächlich Unschuldige treffend.

Die gegenwärtige Lage: Die Konvention zum Verbot chemischer Waffen ist seit 1997 in Kraft. Sie schreibt bis 2012 die Vernichtung sämtlicher Chemiewaffen auf der ganzen Welt vor. In Den Haag ist ein riesiges Bürogebäude errichtet worden (neben dem internationalen Gerichtshof), in welchem die internationale Behörde zur Kontrolle des Verbots chemischer Waffen an der Arbeit ist.

Kürzlich nahm ich an einer Veranstaltung teil, organisiert vom Green Cross Schweiz und NR Roland Wiederkehr. Der Direktor des amerikanischen Chemiewaffen-Vernichtungsprogrammes, Thomas Kuenning und der Präsident des russischen Bundesdistrikts Wolga, Sergei Kirienko* informierten über den Stand der Arbeiten in Russland. Eine Unmenge von Chemiewaffen müssen entsorgt werden. Diese Waffen sind teilweise so klein, dass sie leicht unter dem Arm getragen werden können. Die Kosten für deren Vernichtung sind enorm, die Schweiz wird mit 17 Millionen Franken helfen. Die USA beteiligte sich bisher mit 326 Mio. \$, Deutschland mit 52 Millionen Franken und die EU mit 23 Millionen Franken.

Green Cross ruft die Schweiz auf, gemäss ihrer humanitären und vermittelnden Tradition vor Ort mitzuhelfen, einen Katastrophenschutz aufzubauen und die betroffene Bevölkerung objektiv aufzuklären. Verständlicherweise sind die Menschen dort äusserst misstrauisch und haben grösste Bedenken, wenn in ihrer Nähe Zerstörungsstätten gebaut werden.

Die Konvention zum Verbot biologischer Waffen ist ebenfalls seit einigen Jahren in Kraft. Bei deren Umsetzung mit effizienter Kontrolle wirken leider die USA als Bremsklotz. Die USA ist in der Forschung im Bereich der Biotechnologie am weitesten fortgeschritten und aus einem solchen Labor stammen die Anthrax-Briefe, welche die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten. Im Interesse dieser Menschen sollte die US-Regierung eigentlich alles tun, um diese Konvention zu stärken. Seit G.W. Bush an der Macht ist, tut sie das Gegenteil.

In dieser Situation sind die NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen wie die IPPNW) erst recht gefordert: Sie haben versprochen (in New York nach den Verhandlungen zum Ueberwachungsabkommen), dass sie über die Einhaltung der Konvention wachen und Verstösse publik machen wollen. Sie wollen eine ähnliche erfolgreiche Pionierrolle übernehmen wie beim Verbot von Personenminen.

Die Konvention zum Verbot nuklearer Waffen ist noch weit von der Realisierung entfernt, obschon diese Waffen bei weitem die gefährlichsten sind für die gesamte Menschheit und obschon die Verwirklichung dieser Konvention und deren Kontrolle viel einfacher wäre als diejenige für die beiden anderen Konventionen. Atomwaffen und deren Abschuss-vorrichtungen können schwerlich in einem Schuppen versteckt werden.

Abolition 2000 (ein Zusammenschluss aller Abrüstungsorganisationen weltweit) hat, mit aktiver Mitwirkung der IPPNW, einen ausgezeichneten Entwurf einer solchen Konvention erarbeitet, welcher dann offiziell von der Regierung von Costa Rica der UNO überreicht wurde. Die Grundlage ist also vorhanden, die Atommächte, vor allem die USA, zeigen jedoch keinerlei Bereitschaft, darauf einzugehen. Bei wiederholten Besprechungen mit NATO-Abrüstungsspezialisten in Brüssel musste ich feststellen, dass die fatale atomare Abschreckungsdoktrin an höchster Stelle noch so fest klebt wie zur Zeit des Kalten Krieges.

Dies zeigt sich auch bei der von der Oeffentlichkeit kaum wahrgenommenen Situation in den Weltmeeren: Noch immer befahren viele amerikanische und russische, atomgetriebene U-Boote, vollbestückt mit Atomraketen, einander belauernd und jagend, alle Ozeane. U-Boote, deren Technik und Personal anfällig sind für katastrophale Unfälle und Fehlentscheidungen wie beim Ereignis des Untergangs des

Paradepferds der russischen Flotte, der Kursk. Eine wissenschaftliche Untersuchung der IPPNW zeigte, dass die Gefahr eines ungewollt ausgelösten Atomkrieges enorm gestiegen ist. Als ich einen NATO-General in Warschau fragte, warum man diesen Wahnsinn nicht schon lange gestoppt habe, erklärte er: "Solange die politischen Entscheidungsträger nicht anders entscheiden, muss der Ernstfall immer wieder geprobt werden!"

Die USA sind seit einiger Zeit dabei, ein gigantisches Abhörsystem an allen Küsten der Weltmeere zu installieren, um mit ausgefeilter elektronischer Technik dauernd den Standort aller U-Boote zu orten. Ein Teil dieser Technik besteht aus dem „Low Frequency Active Sonar“, welche wahrscheinlich, mit riesigen Lautsprechern extrem tiefe Schallfrequenzen aussendend, für wiederholtes Walsterben verantwortlich ist, weil sie deren Orientierungsorgane zerstört.

Eine Kontrolle der Abschaffung der atomaren U-Boote ist durchaus möglich: Sie müssen ja regelmässig auftauchen und in ihren Heimathäfen gewartet werden. Momentan fehlt jedoch die Einsicht und der politische Wille.

Hoffnung

Die Welt hat erlebt,

- wie Jimmy Carter 1978 den damals unmöglich scheinenden Frieden zwischen Israel und Ägypten, der bis jetzt gehalten hat, zustande brachte,

-wie dank Michael Gorbatschow die Berliner Mauer fiel, was ein halbes Jahr vorher niemand zu prophezeien wagte,

-wie Nelson Mandela und Frederick de Klerk die Abschaffung der Apartheid auf friedlichem Wege bewerkstelligten, obschon vorher befürchtet wurde, dass es dabei zu einem fürchterlichen Blutbad kommen würde.

Diese vier Menschen erhielten alle den Friedens-Nobel-Preis. Zusammen mit ihnen sollte die IPPNW einen Aufruf an alle Regierungen der Welt erarbeiten, in welchem das Festhalten an der Ideologie der Gewaltanwendung und der atomaren Abschreckung Punkt für Punkt widerlegt und Wege für eine friedliche Lösung der globalen Konflikte aufgezeigt werden.

*Durch S. Kirienko, einen Freund von Putin, übermittelte ich dem russischen Präsidenten (ins Russische übersetzt) den Vorschlag, das Geiseldrama auf friedliche Weise durch das Einschalten der Uno zu beenden, - einen Tag, bevor es dann auf gewaltsame Art geschah.

Die Entminung der Welt macht Fortschritte

(NZZ, 16.9.02)

Positive Bilanz zum fünften Jahrestag der Ottawa-Konvention (Jpk Geng, 15.9.02.)

Die Internationale Kampagne zur Ächtung von Personenminen (ICBL) hat zum fünften Jahrestag der Verabschiedung des Ottawa-Abkommens und zum Beginn der vierten Staatenkonferenz am Wochenende eine positive Bilanz gezogen.

Seit 1997 sind auf Grund des Abkommens in 61 Staaten 34 Millionen Personenminen zerstört worden, teilte ICBL in dem in Genf veröffentlichten Minenbericht 2002 mit. Die ICBL-Botschafterin und Friedensnobelpreisträgerin Jody Williams betont in dem Bericht, es sei eine klare Trendwende erkennbar, mit der sich die internationale Gemeinschaft von den Personenminen abwendet. Es gebe praktisch keinen Export von Personenminen mehr, und die Zahl der Länder, die Personenminen herstellen, sei von 55 auf 14 zurückgegangen. Als besonders erfreuliche Entwicklung bezeichnet Williams in dem Bericht die Tatsache, dass die Zahl der Staaten und Rebellenverbände, die Personenminen einsetzen, kontinuierlich abnimmt. Zwischen Mai 2001 und Mai 2002 sei die Zahl der Länder, die Minen einsetzten, von 13 auf 9 zurückgegangen. Von diesen hätten zudem seit dem Frühling dieses Jahres zwei weitere, nämlich Angola und Sri Lanka, auf die Verwendung von Personenminen verzichtet. Mit dem stetigen Rückgang der Staaten, die Minen einsetzen, nimmt nach Angaben des ICBL auch die Zahl der Minenopfer ab. Nach Schätzungen der ICBL sank die Zahl der Minenopfer seit 1997 auf etwa 15'000 bis 20'000 pro Jahr. Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren sei dies eine erfreuliche Entwicklung, die Zahl der Minenopfer sei aber immer noch erschreckend hoch. Kritisiert werden im ICBL-Bericht vor allem Pakistan und Indien. Die beiden Staaten hätten entlang ihrer gemeinsamen Grenze in den Jahren 2001 und 2002 vermutlich die grössten neuen Minenfelder der vergangenen Jahrzehnte angelegt. Personenminen werden zudem auch von den russischen Streitkräften in Tschetschenien in grossem Stil eingesetzt und von den Regierungsstreitkräften und Rebellenverbänden in Nepal. Das Ottawa-Abkommen ist bisher von 125 Staaten ratifiziert und von 18 weiteren unterzeichnet worden. Die USA, Russland und China sind dem Abkommen bisher nicht beigetreten.

Entwicklung von NGO's im gesellschaftlichen Wandel

Urs-Peter Frey

Am Samstagabend, 7. Dezember 2002 fanden sich zahlreiche Interessierte zum jährlichen Treffen der Ostschweizer Lokalgruppe im Rest. Sonne, St. Gallen ein.

Kurt Geiger bescherte uns mit seinem Streichquartett eine besinnliche Ouverture: „Mendelssohn“ als Adventsüberraschung.

Seit einiger Zeit beschäftigten uns Fragen nach dem Sinn unseres Engagement in den verschiedenen Gruppierungen, im speziellen in der PSR. Werden wir und mit uns die Organisationen alt und nicht mehr zeitgemäss? Wie kommt es, dass „Vereine“ wie die Aefu, die PSR, selbst WWF und Greenpeace derart Mühe haben mit der Rekrutierung von Nachwuchs (found-raising)? Gibt es neue Formen von Engagement, die wir nicht kennen, verstehen und sehen?

Auf Initiative von Erwin Truxius konnten wir den Soziologen Christoph Maeder als Gastreferenten einladen. Als Lehrbeauftragter an der Uni SG und Gastprofessor an der Uni Wien beschäftigt sich Herr Maeder v.a. mit der ethnografischen Organisationssoziologie. In prägnanter Form führte uns der Wissenschaftler in die soziologischen Grundbegriffe ein. Mit dem Begriff der „Moralischen Unternehmungen“ wurde auf die Theorie, die Form, die Nebenwirkungen und die typischen Verlaufsformen von Organisationen, wie sie auch die PSR/IPPNW darstellt, eingegangen.

Moralische Unternehmungen sind definiert durch ihr Material auf der Sinnebene (nicht-moetäre Interessen). Als eindrückliches Beispiel wurde auf die Nichtraucherkampagne in den USA hingewiesen. Diese wurde primär als Studienobjekt von einer kalifornischen Universität aus gestartet, überrollte in der Folge eigendynamisch das ganze Land. - Ökologische Bewegungen haben ihren Ursprung im Gefolge der 68 er Jahre, als „postmaterielle Werte“ angesagt waren. Ihr Fortbestehen wurde z.t. gesichert durch Popularisierung/Professionalisierung (z.b. WWF und Greenpeace), was vom zunächst sinnstiftenden Lebensstil zum organisierten Massenartikel und schliesslich zur bürokratischen Regulierung führte. Typischerweise waren gerade diese Gruppierungen nicht bereit an einem Samstagsabend (!) unserer Einladung zu folgen.

Die Gesamtmenge des sozialen Engagements sei bis dato insgesamt gleich. Tröstlich für uns: auch im Wechsel der „Themenkonjunkturen“ sind wir Ärzte weiterhin anerkannt in Fragen der Gesundheit, und eine Atomkatastrophe ist doch die grösste Gefahr für die Gesundheit!

Es liegt an unserem (unentwegten) Engagement diese Botschaft auch im Vorfeld der kommenden Abstimmungen über die Atominitiativen an die BürgerInnen glaubhaft zu übermitteln. Die Umsetzung der fundamentalen theoretischen Ausführungen in die Praxis waren unter anderem Thema der nachfolgenden lebhaften Diskussion, die bei griechischem Essen bis in den späten Abend andauerte. Ein guter Abend.

7th Focus on Eastern Europe and the CIS Social Transition in South-East Europe: New Poverty or Welfare?

Angela Finsterwald, MS*

The way to democracy and social market economy has proved more difficult to be achieved as many in South-East European countries have been hoping for. Europe has been going through significant changes since the Berlin Wall came down on November 1989 and, while countries such as Poland and Hungary are getting ready to join the European Community, their southern neighbors are still struggling to improve their economy and basic social needs.

The 7th Focus on Eastern Europe, carried out by the State Secretariat for Economic Affairs (seco) and the Swiss Agency for the Development and Cooperation (SDC), took place in Biel/ Bienne on last November 5th and aimed at discussing the social effects of transition in countries such as Albania and Bulgaria, as well as reviewing Switzerland's development activities in these areas. Relevant to the main topic of this one-day conference, ambassador for seco Oscar Knapp reminded the audience and specialists in the area that poverty, in fact, has many faces. New poverty – one may call it a variety of this theme - does not only mean lack of access to basic needs, but also to qualified education and opportunities for political influence. In fact, that is the trend seen in most of the countries which are opening their economies and learning how to deal with competition, fair market and the presence of the private sector, where once a totalitarian government had entire control over all elements. Walter Fust, Director-General SDC, speaks on the high hopes of those living in transition countries and on the possible psychological damage and general apathy a slow changing process can generate in an already suffered population (e.g., in some regions of Kosovo, unemployment rate reaches up to 60%). Therefore, what many who are involved in the process of western-like democracy in Eastern Europe are hoping for, is that not only political, economical and social services are improved. Besides that, according to Mr. Fust, it is important to create an atmosphere in which the young feel confident in remaining in their own land and the older, qualified feel attracted to work in a system of reward and no corruption.

Federal Councilor Joseph Deiss, as one of this conference's prominent guests, commented on Switzerland's commitment to the development of Eastern Europe and the CIS. In a first phase, Switzerland grants humanitarian aid to those in need. In addition to a short-term help, SDC and the seco provide South-East European countries with developmental support through technical cooperation, financial aid, economic and trade measures, and consolidation of human rights (especially for the women, the elderly and minorities). In Bulgaria, Serbia, Bosnia-Herzegovina, Romania and Albania, seco alone has been supporting projects with SFr. 200 million annually. Caring for the new-born in Romania was presented by Mr. Deiss as one example of an on-going project, now aiming at sustainability. After twelve years of restructuring the health care system, Romania's health status is still declining in Europe. Numbers from the region showing the importance of immediate international investments in the social arena were reported by the Romanian Minister for Health and Family Affairs, Dr. Daniela Bartos. Life expectancy at birth (69,2 years) is the lowest figure in Europe. Infant mortality (18.6 per 1000 live births) is one of the highest. Following the same trend, maternal mortality is six times the EU average. Other disturbing numbers are the increase of the cases of tuberculosis in children and, although HIV-positive registered numbers are decreasing in the last years, children up to 9 years of age still correspond to 86,5% of the cases. According to Mrs. Bartos, the statistics only reflect the fall in the socio-economic conditions of the population. Besides international help, under new policies of the Romanian government, mother and child enjoy now free services and drugs until the child reaches one year of age. Other incentives are aiming to bring doctors to the most remote and rural areas of the country, and training projects have been designed in order to improve the management capacity in health units.

In addition to the above speeches, six workshops lead by experts in the area allowed the public to discuss diverse subjects; among them, the role of the state and civil society in the social sector, and access to basic services (water supply and health care). Although it seemed to me that these workshops were the strong point of the conference (for it allowed more explicit exchange of ideas); unfortunately, one could participate in only one of them. Even so, it became clear throughout the summary of ideas, which were given later by the moderators, that some points were common to all of them. Namely; international support

to these countries' economies, even if it imposes a certain amount of risk; government's encouragement to investments coming from the private sector; and cooperative national and international initiatives emphasizing the importance of training and education.

Unemployment, corruption and social inadequacy are still a reality in Serbia, reminded Goran Pitic, Minister for International Economic Relations in the Serbian Government. A reduction in taxation for companies would as a result create more jobs and consequently reestablish the equilibrium between economy and social development in that region, emphasizes Mr. Pitic. Switzerland's government and market are enthusiastic that there will be improvement in the region. Fact is, the bilateral agreements that Switzerland holds with these countries are also economically interesting. Therefore, if economy and living standards of South-East Europe improve, Switzerland will also profit through its share in this new market.

* Angela Finsterwald, biologist and assistant of the University of Zurich - Institute of Animal Nutrition

In Kürze /en bref

Rassemblement de Strasbourg: un grand merci à tous! Bonjour, Avec près de 10 000 participants, le rassemblement à Strasbourg, le 20 octobre, a atteint les objectifs fixés lors de la dernière Assemblée générale du Réseau „Sortir du Nucléaire“. Mobilisation nationale et internationale (15 pays représentés !), qualité des actions et belle ambiance générale de toute cette manifestation y ont largement participé. Les médias (très nombreuses TV et radios, ainsi qu'une partie de la presse écrite) ont bien relayé notre message : „Non à un nouveau programme nucléaire!“. Ce succès est largement dû à l'engagement des divers militants, associatifs ou sympathisants (de la région EST) qui ont oeuvré à la mise en oeuvre du rassemblement du 20 octobre mais aussi à la journée qui s'en est suivie (rencontre avec le Commissaire européenne, Loyola de Palacio...) Un grand merci donc à toutes celles et à tous ceux qui participé à l'organisation (réunions diverses, préparation du week-end, organisation des concerts, hébergement...) ainsi qu'au déroulé des diverses actions de dimanche (boîtes de conserves, chaîne humaine, die-in, lettres, stands etc...), ! Un tel week-end est la démonstration que fonctionner en réseau ne peut que renforcer notre résistance antinucléaire. A bientôt pour de prochains rendez-vous et merci encore ! Philippe BROUSSE, permanent du Réseau „Sortir du nucléaire“ et le Conseil d'administration du Réseau „Sortir du nucléaire“

Kubanisch-amerikanische Freundschaft. Auch wenn die ideologischen Grenzen unüberwindbar sind, auf dem Gebiet der Literatur sind sich Kuba und Klassenfeind USA ausnahmsweise einig. Beide Staaten wollen sich gemeinsam um die Erhaltung von Briefen, Manuskripten und Fotos des Schriftstellers Ernest Hemingway kümmern. Havanna - Ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten am Montag der kubanische Staatschef Fidel Castro und der amerikanische Abgeordnete James McGovern (Demokraten, Massachusetts), der die New Yorker Rockefeller-Stiftung vertrat. Die Erinnerungsstücke an den Literaturnobelpreisträger waren im feuchten Keller jener Villa gelagert gewesen, in der Hemingway von 1939 bis 1960 in der Nähe von Havanna gelebt hatte.

Seit der Einführung der Volksinitiative 1891 wurde das Schweizer Stimmvolk (ab 1971 auch der weibliche Teil) 160mal aufgerufen, über ein Volksbegehren zu befinden. Dabei schafften nur gerade 13 Initiativen die doppelte Hürde von Volks- und Ständemehr. Es handelt sich um die folgenden Vorlagen

20.08.1893	Schächtverbot
05.07.1908	Absinthverbot
13.10.1918	Proporzwahl des Nationalrats
21.03.1920	Spielbankenverbot
30.01.1921	Staatsvertragsreferendum
02.12.1928	Kursaalspiele
11.09.1949	Rückkehr zur dir. Demokratie
	Verhinderung missbräuchl. Preise
06.12.1987	Rothenturinitiative
23.09.1990	Atomkraftwerk-Moratorium
26.09.1993	Bundesfeiertag
20.02.1994	Alpeninitiative
03.03.2002	UNO-Beitritt

Scotsman's Son. His name was Fleming, and he was a poor Scottish farmer. One day, while trying to make a living for his family, he heard a cry for help coming from a nearby bog. He dropped his tools and ran to the bog. There, mired to his waist in black muck, was a terrified boy, screaming and struggling to free himself. Farmer Fleming saved the lad from what could have been a slow and terrifying death. The next day, a fancy carriage pulled up to the Scotsman's sparse surroundings. An elegantly dressed nobleman stepped out and introduced himself as the father of the boy Farmer Fleming had saved. „I want to repay you,“ said the nobleman. „You saved my son's life.“ „No, I can't accept payment for what I did,“ the Scottish farmer replied, waving off the offer. At that moment, the farmer's own son came to the door of the family hovel. „Is that your son?“ the nobleman asked. „Yes,“ the farmer replied proudly. „I'll make you a deal. Let me provide him with the level of education my son will enjoy. If the lad is anything like his father, he'll no doubt grow to be a man we both will be proud of.“ And that he did. Farmer Fleming's son attended the very best schools and in time, he graduated from St. Mary's Hospital Medical School in London, and went on to become known throughout the world as the noted Sir Alexander Fleming, the discoverer of

Penicillin. Years afterward, the same nobleman's son who was saved from the bog was stricken with pneumonia. What saved his life this time? Penicillin. The name of the nobleman? Lord Randolph Churchill. His son's name? Sir Winston Churchill. Someone once said: What goes around comes around. Work like you don't need the money. Love like you've never been hurt. Dance like nobody's watching. Sing like nobody's listening. Live like it's Heaven on Earth.

Wer kauft den Gammel-Reaktor? Boykottdrohungen bremsen den Expansionsdrang des deutschen Energiekonzerns E.on unter Firmenlenker Ulrich Hartmann, der gern die tschechische Elektrizitätsversorgungsgesellschaft „Cez“ übernehmen würde. Zum „Cez“-Reich gehört das zu Sowjetzeiten erbaute, halbwegs auf europäische Sicherheitsstandards gebrachte Kernkraftwerk Temelin. Atomskeptiker in Oesterreich und Bayern glauben nicht an die Sicherheit des Ost-Reaktors, der wegen zahlreichen Pannen immer wieder abgeschaltet werden musste. Kommunale Kunden in Bayern - oft von CSU-Bürgermeistern regierte Gemeinden und Städte - kündigten dem Konzern an, im Falle einer „Cez“-Uebernahme den Stromlieferanten zu wechseln. Es sei der Bevölkerung nicht zuzumuten, Strom vom Betreiber eines „Gammel-Reaktors“ zu kaufen, wird E.on-Managern vorgehalten. Solche Bedenken kennt der französische Strommonopolist „Electricité de France“ nicht. Die Franzosen wollen „Cez“ kaufen, pokern aber noch um den Preis. Sie könnten dann Atomstrom aus Temelin in die EU importieren.

Jahresbericht 2001/2002 PSR/IPPNW Schweiz

November 2001

2. November, PSR/IPPNW-Generalversammlung im Café Isaak in Basel.

Anschliessend feierten wir mit weit über 200 Gästen unser Jubiläum „20 Jahre PSR/IPPNW Schweiz“ in der Martinskirche in Basel. Zu den Gästen durften wir neben vielen Mitgliedern, auch zahlreiche Ärztinnen und Ärzte aus dem Raum Basel, sowie Leute aus Politik, Kultur und Wirtschaft zählen. Die 20-Jahre Jubiläumsfeier stand unter dem Motto „Die Verantwortung der Schweiz gegenüber den Vereinten Nationen“. Neben unserem Ehrengast BR Joseph Deiss begrüsstet wir auch NR Ursula Wyss, NR Remo Gysin und den Liedermacher Michel Bühler. Der Anlass fand ein grosses Medienecho.

12.-14. November: Monika Brodmann nimmt am Board of Directors, Airlie House, Virginia teil (Sitzung des internationalen Vorstandes). Der Kampf, auch die zivile Nutzung der Kernenergie als Thema für die internationale Organisation einzubringen, hatte diesmal einen durchschlagenden Erfolg. Verantwortlich waren dafür einerseits die internationalen Umstände, andererseits aber auch die zähen Bemühungen der SchweizerInnen, nicht lockerzulassen. Monika Brodmann wurde vom Int. Vorstand beauftragt, mit weiteren affiliates- vor allem Deutschland und Österreich- und Vertretern der Geschäftsstelle in Boston einen Vorschlag für ein neues Programm über AKWs auszuarbeiten.

Pressemitteilung: „Die PSR/IPPNW Schweiz verurteilt die Militärschläge in Afghanistan“. (Verfasser: Rico Häusermann).

Dezember 2001

Versand der PSRnews 03/2001

Januar 2002

Martin Walter wurde als Vertreter des NWA von der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumentwicklung und Energie (Urek) zu einem Hearing über das neue Kernenergiegesetz (KEG) und die beiden Volksinitiativen „Strom ohne Atom“ und „Moratorium Plus“ eingeladen. Er hielt ein vielbeachtetes Referat über gesundheitliche Probleme verursacht durch die Atomenergie.

Initiative „Atomfragen vor's Volk“. Jean-Luc Riond startet eine Unterschriftenaktion bei den Zürcher Mitgliedern. Versendet wurden Unterschriftenbogen mit Begleitbrief.

24. Januar PSR/IPPNW-Vorstandssitzung im Bahnhofbuffet in Olten.

30. Januar Jean-Luc Riond nimmt an einer Pressekonferenz über die Revision des Schweizerischen Patentgesetzes (Patentierung von menschlichen Genen und Embryonen) teil. Eine Reihe von Organisationen, unter anderen PSR/IPPNW Schweiz lehnt im Vernehmlassungsverfahren die Revision ab. Die Pressekonferenz wird in der „Sozialen Medizin“ und in der „NZZ“ erwähnt.

Februar 2002

Die Regionalgruppe PSR/IPPNW Ostschweiz engagierte sich mit einer Sonderaktion für den Uno-Beitritt mittels Leserbriefen und Flyer. Mitglieder in den „unsicheren“ Kantonen erhielten Flyer und Plakate mit der Bitte um Werbung in Ihren Praxen.

März 2002

ABC (Massenvernichtungs)-Waffen in Europa. Arthur Muhl nimmt am Treffen einer internationalen IPPNW-Gruppe mit Experten der MILCOM (Militärkommission der EU) in Brüssel teil. Während dieses Treffens fand auch die halbjährlich stattfindende „Roundtable-Diskussion“ mit Experten der ABC-Waffen Abteilungen der Nato statt, welche von mal zu mal offener und konstruktiver werden. Die IPPNW beschliesst unter anderem die Organisation von Seminaren über Koordination und Kooperation zwischen zivilen und militärischen Organisationen im Falle von Terror-Anschlägen.

15'000 Personen unterzeichneten die Kantonal-Zürcher-Initiative „Atomfragen vor's Volk“, das Anliegen der Initiative ist den allfälligen Bau eines Atommüllendlagers bei Benken einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Die Schweiz stimmt JA zum Uno-Beitritt.

Monika Brodmann tritt unter grossem Bedauern aller aus dem internationalen Vorstand und dem Vorstand der PSR/IPPNW Schweiz zurück.

April 2002

Versand der PSR-news 01/2002

25. April. Im Vorfeld des Symposium zeigen Solange und Michel Fernex als Vorpremiere den Film „Atomare Lügen“ in der Elisabethenkirche in Basel. Zahlreiche BesucherInnen.

26.- 27. April. PSR/IPPNW Schweiz veranstaltete das internationale Symposium „Rethinking Nuclear Energy and Democracy after 09/11“ im Radisson Basel mit Teilnehmern aus aller Welt. Die Internationale Atomenergie-Agentur war ebenso vertreten wie der japanische Widerstand gegen die Verwendung von Plutonium-Brennstoff in AKW.

Mai 2002

Jean-Luc Riond vertritt die PSR/IPPNW Schweiz am 15. Weltkongress, organisiert von PSR USA und IPPNW international in Washington vom 1.-5. Mai 2002.

Wir nahmen teil an der internationalen Aktion anlässlich der Abstimmung im finnischen Parlament über ein fünftes finnisches Atomkraftwerk und schrieben Protest-Briefe an das gesamte finnische Parlament.

Michel Fernex vertritt unsere Anliegen an der WHA Konferenz vom 13. –17. Mai 2002, an der er im Vorfeld auch einen Brief an „The Head of the Delegations to the World Health Assembly“ betreffend „WHO – IAEA Relations: Ammendment of the 1959 Agreement (Res, WHA 12-40) verteilte.

25. Mai, Solange und Michel Fernex engagieren sich an der Demonstration vor dem Uno-Gebäude in Genf für die Freilassung von Prof. Yuri Bandazhevsky.

Juni 2002

14. Juni. Arthur Muhl vertritt die PSR/IPPNW Schweiz am IPPNW-Nato Seminar. Die eingeladene Delegation aus China war wegen russischem Transit-Visum-Problem leider nicht anwesend.

PSR/IPPNW Vorstandssitzung am 6. Juni bei Martin Walter in Grenchen.

Juli 2002

Gründung des Nationalen „Ärztekomitees für den Ausstieg“ in Zusammenarbeit mit der AefU.

4. Juli. Vorbereitungstreffen für das im Februar 2003 stattfindende Symposium „Medical Consequences of Chernobyl in children“. Michel Fernex, Andi Nidecker organisieren ein erstes Treffen mit interessierten Kol-legInnen.

18. Juli. Meeting an der WHO. Solange und Michel Fernex und Jean-Luc Riond treffen Dr. David Nabarro, Directeur Général Executiv der WHO und zwei Verantwortliche des „Département de la Protection de l'Environnement humain, Dr. Richard Helmer und Michaël Repacholi. Die PSR/IPPNW Delegation engagierte sich einmal mehr für die Auflösung des Knebelvertrages WHO/IAEA und die daraus resultierende Ineffizienz der WHO nach dem Tschernobyl-Unfall sowie für die Freilassung von Prof. Bandazhevsky.

August 2002

1. August. SonneSchweiz feierte Ihr 10-jähriges Bestehen. Die Bewegung SonneSchweiz wurde von Mitgliedern der PSR Schweiz und der Aefu ins Leben gerufen.

9. August in Olten, erste Sitzung des nationalen Ärztekomitees für den Ausstieg, Martin Walter und Andi Nidecker treffen sich mit Mitgliedern der Aefu und sonstig Interessierten.

Versand der PSRnews 02/2002

September 2002

22. September, die Nidwaldner-Bevölkerung sagt Nein zum Bau eines Sondierstollens im Wellenberg. PSR/IPPNW Schweiz unterstützte das Komitee „Stop Wellenberg“ mit Engagement und auch finanziell.

26.-29. Sept. Arthur Muhl vertritt PSR-CH an einer Konferenz IPPNW-Regierung u. Parlament in Budapest.

Martin Walter und Andi Nidecker organisieren das Patronatskomitee des „Ärztekomitees für den Ausstieg“, über 50 Ärztinnen und Ärzte konnten für dieses Patronatskomitee gewonnen werden.

Oktober 2002

Alle PSR-Mitglieder erhielten einen Aufruf zur Teilnahme am „ÄrztInnenkomitee“. Ziel ist ein Komitee mit vielen hundert ÄrztInnen und Ärzten aus allen Landesteilen der Schweiz.

17. Okt. Arthur Muhl vertritt PSR-CH an einer Veranstaltung der IPPNW-F in Marseille.